



Der Bundestag war Ziel eines Hackerangriffs.

Foto: Berg

Von Attacke verschont

Hacker | Frei und Klinge nicht betroffen

Schwarzwald-Baar-Kreis (fsk). Bisher unklar ist das Ausmaß des IT-Angriffs auf den Deutschen Bundestag, der erst jetzt öffentlich bekannt wurde und von dem es bisher nur heißt, dass er »isoliert« wurde.

In welchem Ausmaß sind unsere Bundestagsabgeordneten tangiert? Der FDP-Bundestagsabgeordnete Marcel Klinge sagt auf Anfrage: »Mein Büro war von diesem Hacker-Angriff bisher glücklicherweise nicht betroffen. Von der Bundesregierung habe ich als Abgeordneter dazu keine direkten Informationen erhalten. Dass wir Abgeordnete über die aktuellen Vorkommnisse aus den Medien erfahren mussten, ist schon ein Unding. Man kann sich über das Vorgehen des Bundesinnenministeriums in dieser Sache nur wundern. Leider ist noch immer nicht aufgeklärt, wie die Täter in die Netze gekommen sind und ob es noch weitere Sicherheitslücken gibt. Oberste Priorität hat für mich jetzt die Aufklärung und die Schaffung von Transparenz. Ich hoffe auch, dass die Bundesregierung diesen massiven Angriff auf die Sicherheit unseres Landes zum Anlass nimmt, sich endlich ernsthaft mit den Herausforderungen der Digitalisierung auseinanderzusetzen.«

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei und sein Computer im Deutschen Bundestag sind offenbar nicht betroffen: »Erfreulicherweise waren meine Mitarbeiter und auch ich, aber insgesamt diesmal wohl auch der Bundestag nicht Ziel des

Hackerangriffs. Dieser richtete sich nach Ansicht der zuständigen Ermittlungsbehörden vor allem gegen Ministerien, die sich intensiver mit den Beziehungen zu Russland befassen, wie das Auswärtige Amt. Dennoch zeigt der Vorgang, wie groß die Gefahr von Cyberattacken für die Politik ist. Es gibt viele Akteure, die die Haltung Deutschlands manipulieren oder zumindest für Verhandlungen antizipieren wollen. Gleiches gilt aber auch für die Wirtschaft oder die Gesellschaft, wenn man an Wirtschaftsspionage oder die Beeinflussung von Wahlen denkt.

Hier müssen wir viel sensibler agieren und unsere institutionellen Abwehrkräfte stärken. Anders geht es nicht, wenn man bedenkt, dass solche Attacken oft mit staatlicher Unterstützung oder sogar durch staatliche Akteure durchgeführt werden. Diese Lehre lässt sich auch aus der Art und Weise des aktuellen Angriffs ableiten. Man hat es hier nicht mit High-School-Hackern, sondern Profis mit politischer Agenda zu tun. Für mich bedeutet das im Umkehrschluss, dass wir unser Land auch virtuell besser schützen müssen.

Neben des personellen und materiellen Ausbaus bestehender Behörden wie das BSI wäre ein weiterer sinnvoller Schritt, den sogenannten »Hack-Back« gesetzlich zu ermöglichen. Erfreulicherweise scheint diese Erkenntnis auch bei der SPD mittlerweile zu reifen«, so Thorsten Frei auf Anfrage.